

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Manz, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abrechnungswiese: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmondlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 80 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Ermäßigungsnummer 15 Pfg.)

Verleger: Kurt Bischofswerda Nr. 444 und 445.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abzugspreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drittelzeilige 8 Pfg., im Text die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 302

Dienstag, den 29. Dezember 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Der französische Botschafter sprach am Montag im Londoner Außenministerium vor, um zu einer Erklärung über die Entscheidung der internationalen Reparationskonferenz zu kommen. Frankreich soll den 20. Januar als frühesten Termin und als Tagungsort Caen vorgeschlagen haben.

Die Lage in Indien verschärft sich. Es sollen Anzeichen dafür vorhanden sein, daß Indien einer Agrarrevolution entgegengehe. Der Stellvertreter Gandhi, Pandit Nehru, ist verhaftet worden. Gandhi hielt in Bombay eine Rede, in der er betonte, daß er künftig nicht die gleiche Selbstherrschung wie früher mehr beobachten wolle.

Englische Meldungen berichten aus Tokio, daß der Kaiser von Japan am letzten Sonntag die Entsendung weiterer Truppen nach der Mandchurie genehmigt habe.

In der 3. Dezemberwoche betrug die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen bei der Reichsbank 25,8 Prozent in der Vorwoche.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat mehreren Hausparteien den Geschäftsbetrieb untersagt.

Ein amerikanischer Handelsdampfer aus Newport stieß auf der Fahrt bei London mit einem Schlepper zusammen, der sofort unterlag. Neun Mann der Besatzung ertranken.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Ferien — Empfänge — Konferenzen.

Diesmal werden sich die Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten in ganz ähnlicher Weise abspielen wie am 1. Januar 1931. Kanzler und Vizekanzler weisen fern von Berlin, und Reichswehrminister Groener, der inzwischen auch Innenminister geworden ist, wird dabei die Reichsregierung vertreten. Man hat Ferien gemacht im Reichskabinett, und erst nach dem Neujahrsest wird man zu neuen Sitzungen zusammenrücken, die naturgemäß fast nur von zwei Themen erfüllt sein dürften: Von den Maßnahmen zur „Sicherung des Friedens“ im Innern nach Ablauf der bis zum 3. Januar geltenden Verbote, die im Zusammenhang mit dem „Weihnachtsburgfrieden“ erlassen wurden, und von den — Tribut- und sonstigen Finanzkonferenzen. Die Stillhalterverhandlungen in Berlin haben ja gleich nach Weihnachten wieder begonnen, und man hat jetzt erst erfahren, daß die alarmierenden Meldungen der Auslandspresse über diese Verhandlungen zwar übertrieben waren, daß sie aber dennoch, die Verhandlungen nämlich, nicht gerade einen hoffnungsvollen Verlauf genommen haben. Die ausländischen Teilnehmer haben zum Teil die Weihnachtsfeierlichkeiten dazu benutzt, um sich in ihre Heimat zu begeben, und man nimmt an, daß sie dort neue Instruktionen einholten, auf Grund deren die jetzigen Verhandlungen mit etwas mehr Aussicht auf Erfolg vorstatten gehen könnten. Das ist aber eine Annahme, die durchaus nicht auf solider Basis beruht. Sollten sich die Besprechungen über die „Stillhaltung“ weiter zuspitzen, so wird das Reichskabinett natürlich nicht umhin können, irgendwelche Schritte einzuleiten, um die Verhandlungen wieder „anzukurbeln“. Eine große Rolle werden bei den Kabinettsberatungen natürlich auch die Juncim-Bestrebungen der Franzosen in bezug auf die Haager Tributkonferenz spielen. Im Haag will man sich bekanntlich am 18. Januar, in Genf am 2. Februar treffen, wo übrigens einige Tage vorher, nämlich am 28. Januar, die Ratstagung beginnt. Die Verhandlungen überschneiden sich also größtenteils, und obwohl ein Juncim durchaus organisch aus dem Zusammenhang von Abrüstung und Schuldenproblem hervorgeht, ist das Juncim, das die Franzosen anstreben, nur dazu angetan, die Begriffe zu verwirren und vor allem in Amerika ein falsches Bild von der Lage Deutschlands hervorzurufen. Man spricht da von einem Geheimdokument, das die Franzosen ausgearbeitet haben, und das sie noch in den letzten Tagen des Jahres herausbringen wollen. Dieses „Geheimdokument“ soll die deutschen „Rüstungen“, angebliche Bestellungen von Geschützen im Ausland, Aufrüstung im Inlande, Organisation der Wehrverbände und dergleichen mehr enthalten. Man kann sich ungefähr schon denken, was es mit diesem Dokument auf sich hat. Es dürfte nichts weiter darstellen, als eine Summierung haltloser Gerüchte, plumper Bögen sowie von „Forschungsergebnissen“ bezahlter Agenten, die in Ermangelung von Tatsachen in ihren Berichten über die deutsche „Aufrüstung“ ihrer Phantasie freien Lauf ließen. Selber haben politische Bögen

längere Beine als ihre bekannten Schwestern im alltäglichen Leben. Deshalb wird man trotz des haarsträubenden Unsinns, den das französische „Geheimdokument“ enthält, in Deutschland nicht zögern dürfen, einmal die Hintergründe aufzudecken, vor denen sich die phantastischen Hirngespinnste der Feindbündaganten zu entwickeln pflegen. Schließlich werden die kommenden Kabinettsitzungen sich auch mit den praktischen Auswirkungen der jüngsten Konferenzordnung und deren Ausführungsbestimmungen beschäftigen haben. Das neue Jahr beginnt mit viel Arbeit, die aber leicht im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Erfolg stehen kann.

Das Postgebühren-Kompromiß.

D. I. Berlin, 29. Dezember. (Eigener Dienst.) Unmittelbar nach der Weihnachtspause versammelte sich am Montagvormittag ein Ausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost, um über die nunmehr doch in Aussicht genommene Gebührensensung zu beraten. Der Verwaltungsrat als solcher tritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um die Vorlage des Ausschusses zu verabschieden. Man nimmt indessen in unterrichteten Kreisen an, daß Änderungen nennenswerter Art nicht mehr vorgenommen werden. Das Inkrafttreten der neuen Gebühren soll stufenweise erfolgen, und zwar am 5. Januar, 15. Januar, 1. Februar und logar erst am 1. April, je nach dem Stande der technischen Vorbereitungen. In diese Gebührensensung werden lediglich einige Teile des Posttarifs einbezogen, und zwar die Drucksachen, die Pakete, die Telegramme und die Fernspreckgebühren.

Bei den Drucksachen, deren Gebühren bereits am 5. Januar verbilligt werden sollen, betragen die neuen Sätze: bis zu 20 Gramm 3 Rpf. (bisher 4), von 20 bis 50 Rpf. 4 Rpf. (bisher 5), von 50 bis 100 Gramm 7 Rpf. (bisher 8) usw. bis zur höchsten Gewichtsstufe von 250 bis 500 Gramm, die bisher 30 Rpf. und künftig 25 Rpf. kostet. Desgleichen werden die Gebühren für Postwurfsendungen und für Briefsendungen um 20 bis 25 Prozent ermäßigt.

Die neuen Paketgebühren sollen am 15. Januar in Kraft treten. Hier ist die Gebührenermäßigung zum Teil ziemlich erheblich, sie wird aber für die nahen Entfernungen größtenteils durch die Einführung einer besonderen Zustellgebühr in Höhe von 15 Rpf. wieder aufgehoben. Am größten ist die Verbilligung auf die Entfernungen bis 150 Kilometer.

Bei Telegrammen wird die Wortgebühr im Ortsverkehr von 8 auf 6 Rpf., im Fernverkehr von 15 auf 12 Rpf. herabgesetzt. Diese Gebührenermäßigung soll bereits am 1. Januar in Kraft treten. Sie ist deshalb besonders dringlich, weil der Schnellverkehr wegen der hohen Telegrammgebühren vielfach auf den Fernsprecher abgewandert ist. Es wird abgewartet werden müssen, ob die jetzt beabsichtigte Senkung ausreicht, um den Telegrammverkehr wieder zu beleben.

Die Senkung der Fernspreckgebühren, die stufenweise durchgeführt werden soll, macht sich leider für die sogenannten Wertsprecher überhaupt kaum bemerkbar. Denn die Senkung der Gebühr für ein Ortsgespräch von 10 auf 9 Rpf. ist insofern für die Wertsprecher unwesentlich, als die hohe Grundgebühr unverändert bleibt. Die Post vertritt die Auffassung, daß an dieser Grundgebühr nichts geändert werden könne, da sie lediglich dazu diene, die technischen Anlagen zu amortisieren. Man wird aber dennoch die Frage aufwerfen müssen, ob dieser Standpunkt nicht allzu fatalistisch ist. Denn im Zeitalter der Preisentwertung müßten sich auch die Kosten für die technischen Anlagen ermäßigen, und jedes Unternehmen ist heute verpflichtet, Abschreibungen auf diejenigen Anlagen zu machen, die in einer Zeit höherer Preise eingerichtet worden sind. Es wäre dringend erwünscht, daß in dieser Beziehung noch eine Milderung eintritt. Im übrigen soll noch eine gewisse Verbilligung der Fernspreckgebühr bis zu einer Entfernung von 100 Kilometern und eine Herabsetzung der Gebühren für Nebenstellen durchgeführt werden.

Insgesamt wird man nicht gerade sagen können, daß diese Gebührensensung der Reichspost denjenigen Erwartungen entspricht, die im Interesse der Erleichterung der allgemeinen Lasten gehegt werden müßten. Es muß leider vorausgesehen werden, daß der Reichspost auf diesem Wege keine Hilfe durch die dringend erwünschte Zunahme des Verkehrs erwachsen kann. Im Gegensatz zu der großzügigen Gütertarifentwertung der Reichsbahn bedeutet die Senktungsaktion der Reichspost eine halbe Maßnahme mit allen ihren Bedenkslichkeiten. Selber aber ist bei der bekannten Haltung des Reichskabinetts ein anderes Ergebnis dieser Gebührensensungsaktion nicht zu erwarten. Im Rahmen der gesamten Preisentwertungsaktion ist und bleibt also die Post ein erheblicher Schönheitsfehler.

Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Bon Oberst a. D. R. v. Oetgen.

Die politischen und propagandistischen Vorbereitungen für die kommende erste Große Abrüstungskonferenz sind seit langem in vollem Gange. In Genf hat man alles zur Aufnahme der zahlreichen hochgestellten Gäste eingerichtet, die man hofft, viele Monate hindurch in seinen Mauern beherbergen zu können. In den Hauptstädten der Welt werden die Abrüstungsgeandtschaften zusammengestellt; der innerpolitische Kampf um die Benennung der verantwortlichen Stimmführer ist beendet. Trotdem schwebt noch ein geheimnisvolles Dunkel um den Beginn der Konferenz. Mit großer Hartnäckigkeit erhält sich das Gerücht von der Vertagung der Konferenz. Bisher haben zwar die verantwortlichen Staatsmänner aller Länder immer wieder versichert, von einer Vertagung der Konferenz sei keine Rede. Aber das Gerücht will nicht verstummen. Die Gründe für eine Vertagung der Konferenz sind billig wie Brombeeren. Die kommenden Wahlen in Frankreich und Deutschland schränken, so sagt man, die Verhandlungsfreiheit der Regierungen in diesen Ländern in verhängnisvoller Weise ein. Diesen Grund wird man schwerlich als stichhaltig anerkennen können. Denn die Verhandlungen der Konferenz werden — darüber besteht Einstimmigkeit — viele Monate in Anspruch nehmen und sie werden sicher für die politischen Entscheidungen erst reif sein, wenn die Frühjahrswahlen längst vorüber sind.

Die sogenannte vorbereitende Abrüstungskommission hat sechs Jahre lang verhandelt und ist noch nicht zu einem Ergebnis gekommen. Die kommende Konferenz findet zwar eine Ueberfülle von bedrucktem und beschriebenen Papier vor. Aber keine einzige technische Frage ist gelöst. Im Gegenteil, alles ist aus politischen Gründen verwickelt; aus den einfachsten Fragen ein anscheinend unlösbares Problem gemacht worden. Der von der vorbereitenden Kommission im letzten Augenblick übers Knie gebrochene Abkommensentwurf ist völlig unbrauchbar und voll von ungeklärten und sich widersprechenden Bestimmungen. Man wird in Genf 1932 so ziemlich wieder von vorn anfangen müssen. Das kostet Zeit. Daher ist sachlich völlig unverständlich, was mit einer nochmaligen Vertagung des Konferenzbeginns erreicht werden soll. Interesse daran können nur die Politiker haben, die jeglicher Abrüstung entgegenarbeiten; die aber trotzdem jeder Entscheidung über das Schicksal der allgemeinen Abrüstung aus dem Wege gehen wollen, weil sie ihren Widerstand gegen sie auf der Konferenz offenbaren müssen. Sie sind dann nicht mehr in der Lage, aufzuräumen und gleichzeitig abrüstungsfreundliche Reden zu halten.

Deutschland drängt seit Jahren darauf, daß endlich Klarheit geschaffen wird. Bei den Verhandlungen in Versailles sprach man sich ab, daß die Abrüstungskonferenz spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß zu beginnen. Clemenceau antwortete im Namen der gegen uns verbündeten Staaten ausweichend. Bei diesem Ausweichen ist es geblieben. Stets wird mit großen Worten die grundsätzliche Bereitschaft betont, die Kriegsvorbereitungen einzuschränken und allgemein die Rüstungen zu vermindern. Tatsächlich wird aber in den freien Staaten aufgerüstet. Präsident Hoover hat kürzlich öffentlich festgestellt, daß man heute auf unserem Erdball 70 Prozent mehr für die Kriegsvorbereitungen ausgabe, als vor Beginn des letzten großen Krieges. Mit den Worten der Diplomaten stehen weder die Handlungen der Kriegs- und Marineministerien im Einklang, noch die Taten oder vielmehr Unterlassungen des Völkerbundes. Deutschland muß verlangen, daß endlich Farbe bekannt wird. Mehr als zwölf Jahre sind vergangen, seitdem die verantwortlichen Staatsmänner in Versailles ihr Wort verpflichtet haben, die Kriegsvorbereitungen sollten bis auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, um dies zu ermöglichen, sollte zuerst Deutschland seine Waffen ablegen; die anderen würden folgen. Jetzt muß ohne längeren Verzug festgestellt werden, ob man in den beteiligten Ländern noch zu dem 1919 beschworenen Versprechen steht oder ob man den Versaillesvertrag, auf dessen Erfüllung man sonst mit höchem Willen besteht, gerade in diesem Punkte zu brechen beabsichtigt. Darum keine Vertagung! Im Februar 1931 gelang es, die Diplomaten der Gegenseite auf den Februar 1932 „festzulegen“. Läßt man jetzt zu, daß der Nagel wieder herausgezogen wird, so läuft man Gefahr, daß man keine Gelegenheit findet, noch einmal einen Nagel einzuschlagen. Die Abzögerung, sich zu der bisher geführten und weitgehend beachteten Abrüstungspolitik zu bekennen, ist ungeheuer groß.